



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5 KOLN-BAYENTHAL, den 25. Juli 1963
Bayenthalgürtel 15
Telefon: 38 14 41

Ref.: F.30.2. - HA/sch
Politischer Brief

an					a/a
Datum					29.7
Via					Wp
EPD 29. Juli 1963					
Ref. p. A. 29. 31. Köln.					

✓ 0. 324. 232. 11.

Vertraulich!

Herrn Botschafter
Pierre M i c h e l i
Generalsekretär des
Eidg. Politischen Departements

B e r n

Atomtest-Stop-Verhandlungen

Herr Botschafter,

Wie vom Gewährsmann der Botschaft im Planungsstab des Auswärtigen Amtes zu vernehmen ist, beschäftigt man sich in Bonn intensiv aber nicht ganz ohne Sorgen mit den Moskauer Verhandlungen. Grundsätzlich begrüsst man natürlich jedes effektive Abkommen, das die Gefahr eines Atomkrieges vermindert und zu einer politischen Entspannung beiträgt. Angesichts der nach wie vor vorherrschenden Skepsis gegenüber allen sowjetischen Angeboten prüft man jedoch die Entwicklung im Hinblick auf allfällige Fallstricke und Hinterhältigkeiten.

Als erste Problematik tauchte zunächst die sowjetische Idee von Nicht-Angriffs-Erklärungen zwischen den beiden Pakten auf. Man will in Bonn auf jeden Fall vermeiden, dass auf diesem Umweg eine Sanktionierung der Spaltung Europas bzw. Deutschlands und eine Anerkennung der DDR erwirkt wird. Die Meinungen im Auswärtigen Amt scheinen insofern auseinander zu gehen, als die eine Gruppe es für möglich hält, in den Erklärungen eine Formulierung zu finden, die die Grenzfrage und damit auch die Existenz der DDR ausklammert. Diejenigen Elemente jedoch, die jede Form der Anerkennung des deutschen Oststaates durch eine Hintertür vermeiden wollen, sehen keine Möglichkeit, einer irgendwie gearteten Erklärung des Warschauer Paktes in einer entsprechenden westlichen Antwort zuzustimmen. Sie führen ausserdem das Argument ins Feld, dass in den Verträgen der NATO und der WEU bereits ausdrücklich Nicht-Angriffs-Bestimmungen enthalten sind und dass also solche West-

4 copies



- 2 -

Ost-Deklarationen sinnlos sind. Eine weitere Version, die in die Diskussion kam, bestand darin, dass Kennedy und Chruschtschow nur ihrerseits solche Erklärungen abgeben und dagegen würde man in Bonn nichts einwenden. - Inzwischen ist diese Frage jedoch insofern nicht mehr aktuell, als sie von den Sowjets offenbar nicht mehr als Junktum für das Testabkommen aufrechterhalten wurde. Die für heute oder morgen erwartete Unterzeichnung wird voraussichtlich diesen Punkt nicht berühren. Immerhin hat man in Bonn noch keine zuverlässigen Informationen, ob und wie weit die Deklarationsfrage noch auf dem Verhandlungstisch liegt.

Was das Abkommen selbst anbelangt, gibt in Bonn folgender Punkt zu gewissen Bedenken Anlass: Der in Genf früher schon von den Neutralen vorgebrachte Vorschlag, dass ein Testbann-Abkommen in jenem Zeitpunkt für die Vertragsschliessenden dahinfällt, in dem an irgendeinem Ort der Erde eine Explosion stattfindet. Der Gewährsmann knüpft an diese Eventualität die Ueberlegung, dass Chruschtschow bewusst auf die u.U. in ca. Jahresfrist mögliche erste chinesische Explosion wartet, um dann nach Dahinfallen der Vereinbarung seine nächsten Versuche zu starten. Inzwischen würde der kluge Realpolitiker die atomwaffen-technischen Forschungen in konzentrierter Weise weiterführen und damit die gutgläubigen Amerikaner überflügeln. Demgegenüber glaubt allerdings ein anderer Gesprächspartner im Auswärtigen Amt, dass man in Washington nicht so naiv sei, um sich durch solche Taktiken von den Russen hinters Licht führen zu lassen.

Im gleichen Zusammenhang überlegt man sich in Bonn, wie sich Frankreich zu dem in Reichweite befindlichen Abkommen stellen wird. Ein Problem, in dem man hier ebenfalls noch nicht klar sieht. Im Gegensatz zu China nimmt man immerhin an, dass es nach einem gewissen Einlenken amerikanischerseits möglich sein sollte, de Gaulle dazu zu bewegen, vorläufig auf Explosionen zu verzichten. Dies könnte jedoch nur unter gewissen Voraussetzungen geschehen, vor allem derjenigen, dass Frankreich, ähnlich wie England, vermehrt wissenschaftliche Forschungsergebnisse zur Verfügung gestellt würden. Mit anderen Worten: de Gaulle würde

./.

- 3 -

durch das amerikanische Entgegenkommen in die Lage versetzt, die Forschungen zum Aufbau seiner Force de frappe weiterzuführen und vor allem, was dem General wesentlich wäre, atompolitisch auf dieselbe Stufe wie England gestellt werden. Man ist in Bonn nach wie vor der Auffassung, dass die amerikanisch-englischen Vereinbarungen in Naussau entscheidend zum Entschluss de Gaulles beigetragen haben, Grossbritannien von der EWG auszuschliessen.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'W. Müller', written in a cursive style.